

«Wir sollten uns in der Klimapolitik proaktiv verhalten»

Der ETH-Professor Andreas Fischlin zur Rolle der Schweiz in den Klimaverhandlungen und zur Unentbehrlichkeit der Uno

Ende Monat beginnt in Cancún die nächste Uno-Klimakonferenz. Nach dem enttäuschenden Gipfel in Kopenhagen ist die Ausgangslage verfahren. Die Schweiz muss ihre Rolle suchen.

Herr Fischlin, die Schweiz revidiert ihr CO₂-Gesetz, und eine Klima-Initiative steht zur Abstimmung bereit. Soll die Schweiz abwarten, was die internationale Gemeinschaft in der Klimapolitik beschliesst, oder soll sie weitergehende Massnahmen beschliessen?

Ich bin der Meinung, dass es der Schweiz als kleinem Land nicht guttut, zu den Bremsern zu gehören. Die Schweiz wurde immer nur dann zur Kenntnis genommen, wenn sie das Gewicht auf die progressive Seite legte. Das heisst nicht, dass sie sich beliebig aus dem Fenster lehnen soll, aber eine vornehm zurückhaltende Schweiz geht international unter. Als Exportland sollte die Schweiz ihre Guten Dienste, die sie auch sonst immer angeboten hatte, weiterhin zur Verfügung stellen. Das erhöht nicht nur ihr Ansehen, sondern es hilft der Schweiz auch, die eigenen Interessen durchzusetzen.

Welche Interessen meinen Sie?

Zum Beispiel wirtschaftliche: Für die Schweiz als ein ressourcenarmes Land ist es von Vorteil, wenn sie im Klimabereich technisch und was das Know-how betrifft die Nase vorne hat. Hier

«Studien zeigen, dass ein progressiver Klimaschutz der Wirtschaft nicht schadet – im Gegenteil.»

haben wir auch wegen fehlenden politischen Willens unsere einstige gute Positionierung eingebüsst, obwohl verschiedene Studien zeigen, dass ein progressiver Klimaschutz der Wirtschaft nicht schadet, im Gegenteil. Die Schweiz sollte sich in der Klimapolitik proaktiv verhalten.

Vor der Uno-Klimakonferenz in Kopenhagen vor einem Jahr herrschte eine ganz andere Stimmung als heute, kurz vor der nächsten Konferenz in Cancún. Letztes Jahr war Aufregung, heute ist Ruhe. Was ist Ihnen lieber, Aufregung oder Ruhe? Auf mich kommt es nicht an. Wenn wir aber ein politisches Problem lösen wollen, dann ist es gut, wenn viele Leute sich dafür interessieren und dadurch möglicherweise politische Aufregung oder politischer Druck in Richtung von erwünschten Lösungen entsteht. Hingegen ist Aufregung in der Wissenschaft etwas ganz anderes, und sie hat mit Wis-



Andreas Fischlin (hier in Genf): «Eine vornehm zurückhaltende Schweiz geht international unter.»

SALVATORE DI NOLFI / KEYSTONE

senschaft nicht viel zu tun. Je mehr man in der Wissenschaft einen kühleren Kopf behält, desto besser.

Dieses Jahr halten sich die Klimawissenschaftler mit öffentlichen Äusserungen auffällig zurück. Vergangenes Jahr hatte man den Eindruck, die Wissenschaftler müssten die Menschen von der Dramatik des Klimawandels überzeugen.

Da muss ich Ihnen widersprechen. Es ist nicht primär die Aufgabe der Wissenschaft, jemanden von etwas zu überzeugen oder sich in die Politik einzumischen. Wenn sich im Vorfeld von Kopenhagen die ETH dafür einsetzte, einen Beitrag zur Diskussion über den Klimawandel zu leisten, dann hat das nichts mit Überzeugen zu tun, sondern

dann nimmt die ETH ihre Verantwortung gegenüber der Gesellschaft wahr. Sie bemüht sich, die Fragen aus wissenschaftlicher Sicht zu beleuchten. Wenn wir aber sehen, dass die Wissenschaft nicht richtig wahrgenommen wird, dann versuchen wir, Überzeugungsarbeit zu leisten. Das ist im Bereich des Klimas durchaus notwendig.

Trotzdem, öffentlich treten die Klimawissenschaftler dieses Jahr weniger in Erscheinung.

Im wissenschaftlichen Betrieb sehe ich keine Änderung, da wird unvermindert geforscht. Was die öffentlichen Auftritte betrifft, wird weniger gemacht, das ist richtig. Und zwar weil weniger nachgefragt wird. Die Politik, von der die

Nachfrage nach Information eigentlich kommen sollte, will nach dem Gipfel von Kopenhagen möglichst keine Erwartungen mehr im Hinblick auf die nächste Klimakonferenz wecken.

Sind die Erwartungen jetzt zu klein?

Ich glaube nicht, dass das Pendel nun zu fest in die andere Richtung ausgeschlagen hat. Obwohl ich ein unverbesserlicher Optimist bin, muss ich sagen, dass ich die Situation noch nie so verfahren gesehen habe wie jetzt. Meine Befürchtungen, die ich vor Kopenhagen hatte, haben sich in der Zwischenzeit wesentlich erhärtet.

Woran machen Sie das fest?

Kopenhagen war einzigartig im Anspruch, das Klimaproblem wirklich anzugehen. Man wollte versuchen, Massnahmen zu beschliessen, mit denen eine globale Erwärmung von mehr als 2 Grad Celsius verhindert werden wäre. Das war ein sehr hoher Anspruch – und im Grunde besteht er noch heute. Doch aufgrund der globalen politischen Verhältnisse – etwa der polaren Stellung von China und den USA – waren die Staaten vor einem Jahr nicht bereit, den Schritt zu einem allumfassenden, wirklich funktionierenden Klimaschutz zu machen. Insofern ist das, was in Kopenhagen passierte, ein Resultat des Zustands unserer heutiger Welt.

Nun schürt der Durchbruch an der Biodiversitätskonferenz vor kurzem in Japan die Hoffnung, dass auch die Klimaverhandlungen wieder vorankommen.

Aus der Biodiversitätskonferenz kann man nicht folgern, dass die kommenden Klimaverhandlungen erfolgreich sein werden. Ich habe aber auch nicht den Eindruck, dass die Verhandlungen selber im Rahmen der Uno besonders festgefahren sind. Ich teile nicht die nach Kopenhagen oft geäusserte Meinung,

«Der Klimawandel ist ein globales Problem; das gegenseitige Vertrauen der Staaten ist sehr wichtig.»

dass man die Klimaverhandlungen aus der Uno auslagern und sie in anderen Gremien, etwa in der G-20 oder bilateral zwischen China und den USA, weiterführen sollte. Das Scheitern von Kopenhagen hat weniger mit dem System der Uno als vielmehr mit dem Versagen einzelner Personen zu tun, etwa mit dem dänischen Premierminister, der die Verhandlungen in der Schlussphase führte und jegliches Fingerspitzengefühl für Uno-Verhandlungen vermissen liess.

Man kommt beim Klimaschutz also nicht um die Uno herum?

Es wäre sicherlich sehr positiv, wenn im Rahmen etwa der G-20 klimapolitische Einigungen erzielt würden, die dann in einen auf der Uno-Ebene erarbeiteten Klimavertrag einfließen könnten. Doch es wäre eine Illusion anzunehmen, mit mehreren Klimaabkommen verschiedener Provenienz eine tragfähige Lösung schaffen zu können. Die Lösung des Klimaproblems benötigt Konstanz. Die Bemühungen müssen über Jahrzehnte andauern, sonst kriegen wir es nicht in den Griff. Der Klimawandel ist ein globales Problem, bei dem das gegenseitige Vertrauen der Staaten sehr wichtig ist. Es darf keine Trittbrettfahrer geben, und die Bürden müssen transparent und fair verteilt werden. Das schafft man nur auf globaler Ebene.

Wann ist ein verbindliches Klimaabkommen auf Uno-Ebene zu erwarten?

Das ist die grosse Frage. Dass es ein neues Abkommen braucht, scheint mir offensichtlich. In dieser Richtung wird weiterhin gearbeitet. Die EU und die Schweiz ziehen ein Abkommen, bei dem alle dabei sind, einem Kyoto-Protokoll vor, bei dem die USA fehlen. Doch die USA nehmen ihre Verantwortung in der Klimapolitik nicht wahr. Und solange sie dies nicht tun, wird auch China nicht einem globalen Abkommen beitreten.

Interview: Markus Hofmann, Christian Speicher

ZUR PERSON

hof. · Der ETH-Professor Andreas Fischlin begleitet die internationale Klimapolitik seit Jahren intensiv. Als Vertreter der Wissenschaft ist er Mitglied der schweizerischen Delegation bei den Verhandlungen zur Klimakonvention der Uno. Seit geraumer Zeit arbeitet Fischlin auch für das Intergovernmental Panel of Climate Change (IPCC). Als hauptverantwortlicher führender Autor hat er sowohl zum zweiten IPCC-Bericht von 1995 als auch zum vierten Bericht von 2007 beigetragen. Mit letzterem Beitrag wurde Fischlin zu einem Mitempfänger des Friedensnobelpreises, der dem IPCC im Jahr 2007 verliehen wurde. An der ETH Zürich leitet Fischlin die Gruppe Terrestrische Systemökologie am Institut für Integrative Biologie. Zu seinen Forschungsinteressen gehören etwa die Modellierung von Ökosystemen – insbesondere von Wäldern in einem sich ändernden Klima – und die Methodik der strukturierten Modellierung komplexer ökologischer Systeme.

Wo ein Wille ist, da ist auch ein (bilateraler) Weg

Rede von Bundesrätin Calmy-Rey an der 50-Jahre-Feier der Schweizer EU-Mission in Brüssel

In einer Rede zum 50-Jahre-Jubiläum der Schweizer Mission bei der EU hat Bundesrätin Calmy-Rey das Projekt der europäischen Integration gewürdigt und die Herausforderungen für bilaterale Beziehungen skizziert.

Peter Winkler, Brüssel

Die Schweizer Vertretung bei der Europäischen Union in Brüssel hat am Montag ihr 50-jähriges Bestehen mit einem Festakt mit 350 geladenen Gästen gefeiert. Im Zentrum der Feier stand eine Rede Bundesrätin Calmy-Reys, die sowohl die Leistungen der europäischen Integration würdigte als auch die gegenwärtigen und künftigen Herausforderungen für das Verhältnis der Schweiz zur EU skizzierte. Sie ging dabei auch auf mögliche Konflikte zwischen dem direkt-demokratischen System der

Schweiz und ihren internationalen Verpflichtungen ein, wie sie sich in der Sicht Calmy-Reys mit der Minarett- und der Ausschaffungsinitiative manifestieren.

Kollision mit Verpflichtungen

Der Text der Ausschaffungsinitiative, über die Ende Monat abgestimmt wird, kollidiert mit mehreren rechtlichen Verpflichtungen, welche die Schweiz auf internationaler Ebene eingegangen sei, sagte die Vorsteherin des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA). Dies treffe besonders auf die automatische Rück-schaffung von Kriminellen in ihr Heimatland zu, die mit dem Freizügigkeitsabkommen mit der EU nicht vereinbar sei. Dieses Abkommen schreibe nämlich die fallweise Überprüfung der Verhältnismässigkeit einer Ausschaffung vor. Selbst wenn, im Fall einer Annahme der Initiative durch den Souverän, der Verfassungsartikel erst noch

durch ein Bundesgesetz konkretisiert werden müsse, seien die Schwierigkeiten unausweichlich.

Calmy-Rey erwähnte, dass mit der Annahme der Minarett-Initiative vor einem Jahr bereits vergleichbare Probleme entstanden seien. Zwar habe die Initiative in der Schweizer Bevölkerung eine lebhaftete Debatte über die Integration von Ausländern und über das Zusammenleben verschiedener Religionen und Kulturen ausgelöst. Aber das Risiko bestehe, dass nationale und internationale Gerichtsinstanzen zum Schluss kämen, die mit der Initiative eingeleitete Verfassungsänderung verstosse gegen internationale Verpflichtungen der Schweiz auf dem Gebiet der Menschenrechte.

Neue Formen gesucht

Calmy-Rey verwahrte sich gegen die Forderung, aufgrund dieser Entwicklungen die Volksrechte zur Diskussion

zu stellen. Aber es gelte, Mittel zu finden, wie die Instrumente der direkten Demokratie mit den immer vielfältigeren und engeren Verflechtungen zwischen den einzelnen Staaten in Übereinstimmung gebracht werden könnten. Der Bundesrat werde dazu im Laufe des nächsten Jahres Vorschläge zur Debatte stellen. Es sei indes absehbar, dass die Diskussionen darüber kontrovers ausfallen würden. Doch sie seien für die Zukunft der schweizerischen deliberativen Demokratie vital, unterstrich die EDA-Vorsteherin.

Im gegenwärtigen und künftigen Verhältnis der Schweiz zur EU steht laut Calmy-Rey die Frage des institutionellen Rahmens für die Vielzahl von bilateralen Abkommen im Vordergrund. Sondierungsgespräche einer gemischten Arbeitsgruppe dazu sollen bis Ende Jahr abgeschlossen werden. Danach gelte es, konkrete Verhandlungsmandate zu beschliessen – sofern man genügend fruchtbaren Boden für Ver-

handlungen finde. Konkret gehe es darum, eine Form von Teilnahme an Entscheidungsprozessen zu finden, die es der Schweiz ermögliche, die bilateralen Abkommen an die Weiterentwicklung des EU-Rechtsbestands anzupassen.

Kreativität gefordert

Dabei müssten die Souveränität der Schweiz und die Besonderheiten ihrer Referendumsdemokratie in jedem Fall respektiert werden, betonte Calmy-Rey. Das Abkommen über Zollsicherheit habe gezeigt, dass es im bilateralen Verhältnis Raum für kreative Lösungen gebe. Der bilaterale Weg, den die Schweiz für ihre Beziehungen zur EU gewählt habe, habe durchaus eine Zukunft. Voraussetzung sei, dass beide Seiten bereit seien, in dieser Richtung weiterzugehen. Ein solches Modell könnte, anstelle einer vollständigen Integration, auch weitere Drittstaaten interessieren, meinte die EDA-Vorsteherin.